



THEMEN / DEUTSCHLAND

DEUTSCHLAND

Rätsel Pegida - Rechts oder Durchschnitt?

Eine Studie im Hauruck-Verfahren gibt Hinweise auf die Hintergründe der Anti-Islam-Protestler. Die Ergebnisse weisen auf rassistisches Denken hin. Doch die Macher warnen davor, ihre Forschung eins zu eins zu nehmen.



Das ging fix: Nur eine Woche ist es her, da sind Dieter Rucht und seine Kollegen vom Wissenschaftszentrum Berlin in Dresden ausgeschwärmt, um einen Demonstrationzug der islamfeindlichen Protestbewegung Pegida zu begleiten und zu erforschen. Danach kam die Nonstop-Datenauswertung. "Wir sind alle etwas übernächtigt", kommentiert Rucht die fahlen Gesichter seiner Kollegen. Der Titel der Studie heißt zu Recht: "Protestforschung am Limit". Untertitel: "Eine soziologische Annäherung an Pegida".



Stolz auf schnelle Arbeit: Protestforscher Dieter Rucht

Inwieweit können die Daten wirklich etwas über die Bewegung der sogenannten "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" aussagen? Es bleiben Unwägbarkeiten - aber Rucht hat kein Problem damit. "Gehen sie äußerst sorgfältig mit den Daten um", rät er.

Unwillige Unzufriedene

Es ist die zweite Studie über Pegida-Anhänger innerhalb weniger Tage. Zuvor hatten Forscher der Technischen Universität Dresden sie als unzufriedene Mittelschichtler, eher als Durchschnittsbürger geschildert. Die Forscher des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) sehen dagegen entschieden rechte Tendenzen in der Pegida.

Zum Beispiel liegt die Zahl derjenigen unter den Protestlern, die finden, dass der Einfluss von Juden "zu groß" sei mit 14,8 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung (11,6 Prozent). 81 Prozent der befragten Pegida-Bewegten wünschen sich "Mut zu einem starken Nationalgefühl". 41,4 Prozent von ihnen finden, dass die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in "einem gefährlichen Maß überfremdet sei" - das meint sonst immerhin noch ein Viertel der Deutschen.

"Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, dann würden 89 Prozent (der Pegida-Anhänger) die Alternative für Deutschland wählen - und die einzige Oppositionspartei wäre die (rechtsradikale) NPD", fügt die Protestforscherin Sabrina Zajak hinzu. Ein Drittel stuft sich als "rechts" ein, liest die Professorin an der Ruhr-Universität Bochum aus den Daten heraus.

Aber sind das nun die Kenndaten des durchschnittlichen Pegida-Anhängers? Die an der Studie beteiligten Wissenschaftler haben da selbst ihre Zweifel. Der Kreis der Befragten sei ziemlich klein, gibt Dieter Rucht zu. Mehrere Forscher-Teams begleiteten die Manifestation in Dresden. Beobachteten den Ablauf, vermerkten auf ihren Arbeitsblättern die überwiegend männliche Teilnehmerschaft, das Auftreten von auffälligen Gruppen von Männern mit Hooligan- und Neonazi-Kennzeichen und suchten Kontakt.



Sieht "den Pegida-Anhänger" undeutlich: Sabrina Zajak

Aber die Demonstranten waren äußerst zurückhaltend. Von bis zu 20.000 Teilnehmern erhielten 670 einen Fragebogen in die Hand - nur 123 antworteten. Am Ende äußerten sich vor allem Menschen mit guter Bildung und gesichertem Einkommen. Die "Normalos". Die meisten kamen aus Dresden oder der Umgebung der Sachsen-Metropole. Das ist eine spezielle Gruppe - aber für die Forscher macht dieser Ausschnitt die Bewegung noch suspekter: "Man darf annehmen, dass bei gebildeten Leuten die Tendenz zu rechtslastigen und rassistischen Aussagen eigentlich geringer ist", sagt Sabrina Zajak.

Regierung bedauert Demoverbot

Neue Einblicke in das Wesen der Dresdener Pegida wird es an diesem Montag nicht geben, da die Demonstration wegen einer Terrorwarnung von den Behörden untersagt worden ist. Die Bundesregierung bedauerte diesen Schritt mit Hinweis auf den großen Stellenwert, den die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit habe. Regierungssprecher Steffen Seibert bezeichnete sie als ein "besonders hohes und verteidigungswertes Gut in unserer Demokratie" und unterstrich, dass wünschenswert sei, "dass die Bürger dieses Grundrecht auch uneingeschränkt ausüben können". Aufgrund der Sicherheitsbedenken der Dresdner Polizei sind auch alle anderen Protestzüge unter freiem Himmel verboten. Sprecher der Pegida haben jedoch schon angekündigt, dass sie unbedingt weitermachen wollen.

DIE REDAKTION EMPFIEHLT

Wenn die "abstrakte Gefahr" konkret wird

Nachdem Sicherheitsbehörden in Deutschland seit Monaten eine "abstrakt hohe" Gefährdungslage sehen, spricht die Polizei in Dresden nun von einer "konkreten" Anschlaggefahr. Grund sind Geheimdienstinformationen. (19.01.2015)

Demoverbot - eine falsche Entscheidung?

Das Verbot aller Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Pegida-Auftritt in Dresden stößt weiterhin auf Kritik. Doch mit dem Hinweis auf Gefährdung der öffentlichen Sicherheit wurden schon früher Demos untersagt. (19.01.2015)

Kommentar: Deutschland im Dunkeln

Rettung im letzten Moment? Dresdens Polizei untersagt nach der Morddrohung gegen den "Pegida"-Organisator für einen Tag alle Demos. Die Gefahr ist kurz gebannt, aber die Demokratie bekommt so Kratzer, meint Marko Langer. (18.01.2015)

Datum 19.01.2015

Autorin/Autor Heiner Kiesel

Themenseiten [Pegida](#)

Schlagwörter [Pegida](#), [Sozialforschung](#), [Rechtsradikale](#), [Dresden](#)

Teilen [Versenden](#) [Facebook](#) [Twitter](#) [google+](#) [mehr ...](#)

Feedback: [Schreiben Sie uns!](#)

Drucken [Seite drucken](#)

Permalink <http://dw.de/p/1EMme>

[MEHR ZUM THEMA](#)